

Hans Christoph Buch

Kriminelle Vernachlässigung – Haiti nach dem Beben

Port-au-Prince. „Soll er unter Zelten leben? Soll er auf die Felsen trauen? Selbst die festen Felsen beben“, heißt es bei Goethe, aber der Weimarer Klassiker konnte nicht ahnen, welche makabre Aktualität diese Verse zweihundert Jahre später ausgerechnet im fernen Haiti erlangen würden. Aytí bedeutet felsig in der Sprache der Taino-Indianer, die 1492, bei der Landung des Kolumbus, die Insel bewohnten, und ein britischer General verglich das gebirgige Relief Haitis einst mit zerknülltem Packpapier. Port-au-Prince wurde auf Kalkfelsen erbaut, und seit dem Erdbeben vom 12. Januar, das allein in der Hauptstadt über 200.000 Menschen tötete, Provinzstädte wie Petit-Goave und Léogane nicht mitgerechnet, kampiert die Mehrheit der Bevölkerung in Zelten, aus Angst vor Nachbeben, deren vorläufig letztes am 29. Januar um vier Uhr früh die verschreckten Bewohner aus dem Schlaf riss. Fast zeitgleich beginnt jetzt in Washington, nach vorausgegangenen Treffen in Paris und Brüssel, die große Geberkonferenz, auf der die üblichen Verdächtigen, allen voran die USA, UN und EU, gemeinsam mit den Regierungen der Region sowie halbstaatlichen und nichtstaatlichen Akteuren ein Hilfspaket für Haiti schnüren und einen Neuanfang wagen wollen, unter Vermeidung der Fehler der Vergangenheit, wie es vielversprechend heißt.

Die Betroffenen vor Ort betrachten diese Aktivitäten, einschließlich der dabei genannten schwindelerregenden Zahlen – von bis zu 14 Milliarden Dollar ist die Rede – mit gemischten Gefühlen, denn bisher war die Hilfe für Haiti eine Art Nullsummenspiel, dessen Ergebnis in krassem Missverhältnis stand zum Aufwand an Geld und gutem Willen: Am Ende kam hinten nicht genug heraus, um Helmut Kohl zu zitieren. Glaubt man den vollmundigen Absichtserklärungen, soll diesmal alles anders werden. Zwar haben die Haitianer sich schon lange daran gewöhnt, dass ihr Land nur dann Schlagzeilen macht, wenn dort Blut fließt und ein Massaker oder Militärputsch, eine Sturmflut oder ein Hurrikan über die Inselrepublik hinwegfegt. Aber sie waren und sind hoch erfreut über die Welle spontaner Hilfsbereitschaft aus allen Teilen der Welt, von Israel, China und Japan bis Kuba und Venezuela, obwohl das Erdbeben von 7,2 auf der Richterskala weniger eine Naturkatastrophe war als ein menschengemachtes Desaster, das die Defizite eines gescheiterten Staates und einer tödlich verwundeten Gesellschaft schlagartig offen legte. „Négligence criminelle“ (kriminelle Vernachlässigung) steht als mahnendes Menetekel auf den Mauern eingestürzter Häuser, unter deren Trümmern die Leichen ihrer Bewohner verrotten, neben verzweifelten Graffiti, in denen Gnade für Haiti, „Adieu Aytí“ oder einfach nur „Wir sind müde!“ verkündet wird.

Die Menschen in Port-au-Prince, die sonst selbst der schlimmsten Kalamität noch komische Seiten abgewannen, haben das Lachen verlernt, und zum ersten Mal in Haitis zweihundertjähriger Geschichte wird offen die Frage gestellt, ob die mit Feuer und Schwert erkämpfte Unabhängigkeit des aus einem Sklavenaufstand hervorgegangenen Inselstaats nicht zu früh kam – allzu schockierend ist der Kontrast zu französischen Überseegebieten wie Martinique und Guadeloupe mit ihrer Mélange aus Tourismus und sozialer Sicherheit. Was bis vor kurzem undenkbar war, ist heute an der Tagesordnung: Sternbanner schwingende Haitianer verlangen die sofortige Eingliederung ihres Landes in die USA – ein frommer Wunsch, denn trotz aller Gerüchte über angeblich neu entdeckte Erdöl-, Iridium- oder Goldvorkommen in Haiti, dient Washingtons Politik vor allem dem Ziel, eine neue Massenflucht von Boat - People nach Florida zu verhindern.

Das heißt nicht, dass Präsident Obamas Engagement für den Wiederaufbau Haitis doppelzünftig wäre, genauso wenig wie das von Bill Clinton und George W. Bush. Letztere gaben sich kürzlich ein Stelldichein in Port-au-Prince, wo Clinton sich dafür entschuldigte, Haiti mit Billigreis aus den USA überschwemmt zu haben, dessen Einfuhr die lokale Reisproduktion untergraben und so den Hunger verschlimmert habe – Clintons drittes Schuldbekenntnis nach Monica Lewinsky und dem ruandischen Völkermord. Diesmal zu Recht, denn Haiti hängt seit Jahren am Tropf der internationalen Gemeinschaft und steht politisch unter Vormundschaft der Vereinten Nationen, die

hierzulande keinen guten Ruf haben: Allzu lange schauten sie bei Morden und Entführungen weg, statt die Gewaltkriminalität einzudämmen, und nach dem 12. Januar war die in Haiti stationierte Blauhelmsuppe, deren ziviler Chef, der Tunesier Hannabi, bei dem Erdbeben starb, mit der Suche nach eigenen Vermissten beschäftigt.

Aus Sicht der Einheimischen sind die Blauhelmsoldaten, Entwicklungsexperten und humanitären Helfer, die in klimatisierten Landrovern an ihnen vorbeirauschen, Teil des Problems und nicht dessen Lösung, ähnlich wie Haitis Regierung, die vor allem durch Nichtstun von sich reden macht: Erst eine Woche nach dem Erdbeben rief Staatschef René Préval den Notstand aus und erklärte auf die Frage einer Washingtoner Journalistin, seine Regierung sei immun gegen den Virus der Korruption, die den sinnvollen Einsatz von Hilfsgeldern erschwert. Dabei gehört Haiti laut Transparency International zu den korruptesten Staaten der Welt, und nur unter dem Druck der Geberländer legte die Regierung einen Plan für den Wiederaufbau vor, aus dem bis auf das Zauberwort Dezentralisierung nicht viel zu entnehmen ist.

„Das Wort Wiederaufbau ist eigentlich fehl am Platz“, meint Michael Kühn von der Welthungerhilfe, der seit zehn Jahren in Haiti arbeitet, das Land gründlich kennt und das Erdbeben vor Ort erlebte: Nur der Tatsache, dass er nach der Schule nicht, wie geplant, mit seiner Tochter einkaufen ging, verdanken beide ihr Überleben – die Betondecke des Supermarkts begrub Angestellte und Kunden unter sich. „Besser wäre es von Neuaufbau zu sprechen, denn nicht nur die materielle Struktur, auch die staatlichen Institutionen liegen in Trümmern - im Gegensatz zu Haitis Zivilgesellschaft, deren Denkanstöße die internationale Gemeinschaft ignoriert.“

Als Beispiel nennt Michael Kühn durch das Beben zerstörte Schulen, deren Schüler, sofern sie unversehrt geblieben sind, seit Wochen in primitiven Notunterkünften auf die Wiederaufnahme des Unterrichts warten. Die sei zwar beschlossene Sache, doch existiere weder ein politischer Konsens noch ein genauer Plan, wann, wie und wo der Unterricht stattfinden solle: Unter freiem Himmel, in Bussen oder Containern – ein Problem, das einen Grossteil der Bevölkerung betrifft, deren Mehrheit heute jünger als sechzehn ist.

Eine andere Frage, die ihm Kopfzerbrechen bereitet, ist die Zukunft der Zeltstädte, die nicht nur in Port-au-Prince, sondern auch in den Provinzen wie Pilze aus dem Boden schießen: 600.000 Männer, Frauen und Kinder kampieren in improvisierten Lagern, in Verschlügen aus Pappkartons, Lumpen und Wellblech, unter Plastikfolien oder von Hilfsdiensten gespendeten Zelten, in denen Großfamilien auf engstem Raum essen und schlafen, oft ohne die elementarste Hygiene. Aber was für Europäer ein Alptraum wäre, sei für viele Slumbewohner Haitis ein Fortschritt, denn sie würden regelmäßig mit sauberem Wasser und Lebensmitteln versorgt. Michael Kühn weiß, wovon er spricht, denn nach dem Erdbeben hat er im Auftrag der Welthungerhilfe den Zeltstädten Wasser geliefert. „Zum Schutz vor Übergriffen wurden Scheinwerfer und Toilettenhäuschen installiert“, fügt er hinzu, aber der Fortschritt sei ein zweiseitiges Schwert. Er verstärke die Abhängigkeit, statt sie zu reduzieren und Haiti dabei zu helfen, sich auf eigene Beine zu stellen. „Irgendwie geht das Leben hier weiter, aber irgendwie ist nicht gut genug!“